

Courier

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Ml.
Der Courier ist in die Postleitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Engelstr. 21.

Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864

Geschäft von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Reaktionsschluss

am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Gutachten und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 4.

Berlin, den 14. Februar 1915.

19. Jahrg.

Verbandsmitglieder! Das Erträgnis der Extrabeiträge wird nur für die Kriegerfamilien und die ausgesteuerten Arbeitslosen verwendet. Es wäre deshalb eine Schmach und eine Schande, wenn die im tariflich geregelten festen Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder sich von der Zahlung dieser Beiträge drücken wollten. Nach Friedensschluß werden die heimkehrenden Kameraden prüfen, wer seine Pflicht daheim erfüllt hat.

Deutschlands Wirtschaftslage im Kriege.

Keine Besorgnis, aber Maßnahmen
für die Zukunft.

Es wächst vielerlei Brot genug
für alle Menschenkinder.

Heine.

Ist Deutschland in der Lage, den Weltkrieg in wirtschaftlicher Beziehung übersteigen zu können? Keinen untere Lebensmittel und die vorhandenen Rohstoffe für die Herstellung der notwendigen Oberzuckerarten aus. Diese Fragen werden täglich auch von Arbeitern diskutiert und man hört oft die sonderbarsten Ansichten davon. Eine Besorgnis um die Zukunft liegt fortwährend durch. Es verloren sich deshalb wohl, daß wir uns hier etwas näher mit den Fragen beschäftigen.

Da sei es denn vorweg gestellt, daß zur Besorgnis zurzeit kein Grund vorliegt. In den wichtigsten Nahrungsmitteln, Brotgetreide und Kartoffeln, fehlt es nicht, auch bei langer Dauer des Krieges sind wir in der Lage, mit den Vorräten hauszuhalten. Es ist einwandfrei festgestellt, daß unsere Vorräte ausreichen, wenn jede Verwendung von Brotgetreide zu gewerblichen und zu Butterzwecken unterbleibt, wenn der Mehlteilweise durch Roggen, Gerste und Kartoffeln ersetzt wird und wenn eine möglichst sparsame Verwendung durch höchstmögliche Mehlausbeute bei der Vermahlung des Getreides stattfindet. Deutschland produzierte im Jahre 1913 am Weizen 4,6 Millionen Tonnen, Roggen 12,2 Millionen Tonnen und Kartoffeln 54,1 Millionen Tonnen. In Friedenszeiten bezogen wir aus dem Auslande im Jahre etwa zwei Millionen Tonnen Weizen, der uns natürlich jetzt fehlt. Dagegen führten wir viel mehr Roggen aus, der in diesem Jahre von uns selbst verbraucht werden kann. Da die Ernte 1914 nicht schlechter war wie 1913, so haben wir zwar nicht genügend Weizen, dafür aber genügend Erbsen am Roggen und Kartoffeln, von denen wir in Friedenszeiten einen erheblichen Teil ins Ausland verkaufen. Es handelt sich also nur darum, für eine rationelle Verwendung und richtige Verteilung Sorge zu tragen. Das ist jetzt geschehen. Die Reichsbehörden haben nun, nachdem frühere Maßnahmen sich als unzureichend erwiesen haben, die Bevölkerung der Mehl- und Getreidebewirtschaftung angeordnet und damit dem Brot vorgebeugt, die Volksnahrung bis zur nächsten Ernte gesichert und auch für die neue Aussaat werden die nötigen Vorräte sichergestellt.

Die Versorgung mit Fleisch dürfte sich etwas schwieriger gestalten, gibt aber auch zur Besorgnis noch keinen Anlaß. Die gewohnten Futtermittel werden knapp, denn wir bezogen in anderen Jahren circa 6 Millionen Tonnen Futtermittel aus dem Auslande. Das können wir in diesem Jahre nicht, doch sind wir um Futtermittel noch nicht verlegen. Deutschland führt in Friedenszeiten nicht nur Kartoffeln und Roggen aus, sondern noch eine Menge anderer Nährwerte, deren Ausfuhr durch die Kriegsgesetze jetzt verboten ist. Allein durch größere Verwendung von Zuckerrüben als Futtermittel sind wir in der Lage, die sonst vom Ausland bezogenen Futtermittel zum erheblichen Teile zu ersetzen, und zu verhindern, daß Tiere, die zum Schlachterhalt noch nicht reif sind, weinen Mann an Futter geschafft werden müssen. Bei zweitmäßiger Ausnutzung des anbaufähigen Bodens und ebenso zweitmäßiger Verwendung des Getreides und der Kartoffeln sind wir sogar in der Lage, uns hinsichtlich der Nahrungs- und Futtermittel für längere Zeit vom Auslande ganz unabhängig zu machen. Die Produktion an Brotgetreide

und Kartoffeln ist in Deutschland seit zehn Jahren angedauert gestiegen, obgleich die für landwirtschaftliche Zwecke benötigte Bodenfläche nicht größer geworden ist. Unsere Kartoffelerzeugung ist so enorm, daß sie die aller Länder, selbst die Russlands übertrefft, und da die Spätzuckerproduktion die Erde erheblich eingeschränkt ist (40 Proz.), so sind wir auch bei einer geringeren Ernte in diesem Jahre noch reichlich mit Kartoffeln versorgt.

Uns fehlen verschiedene Rohstoffe, doch ist man bemüht, soweit möglich, diese durch andere Stoffe, die wir im Lande haben, zu ersetzen. Mit den wichtigsten Rohstoffen, die wir für die Industrie aus dem Auslande beschaffen, sind wir zurzeit noch rechtlich verfehlt, was durch amtliche Erhebungen über die vorhandenen Vorräte festgestellt worden ist. An Kohlen mangelt es uns nicht. Die Produktions einschränkung kann dadurch vermieden werden, daß da wo bisher im Haushalt die Steinkohle als Feuerungsmittel verwendet wurde, die Kohle- und Braunkohlefeuerung angewendet wird.

Aus alledem ergibt sich, daß eine Aushungierung Deutschlands so leicht nicht möglich ist. Unser Wirtschaftsleben ist zuletzt durch den Krieg erschwert und in ganz neuen Bahnen geleitet worden, aber vernichtet ist es nicht und kann es auch so leicht nicht werden. Mit erstaunlicher Leichtigkeit hat sich alles den veränderten Verhältnissen angepaßt und schon nach den ersten Kriegswochen machte sich wieder eine Sicherheit im Wirtschaftsleben bemerkbar, die man nicht erwartet hätte. Das soll an einigen Beispielen nachgewiesen werden.

Ein sicherer Beweis für die gute Gefundheit unseres Wirtschaftslebens ist in der Entwicklung des Postscheckverkehrs enthalten. Wer hätte wohl geglaubt, daß sich während des Krieges die Zahl der Postscheckkonten-Inhaber vermehrten würde? Tatsächlich aber ist seit August bis Jahresende ein Anwachs von 257 Konteninhabern durchschnittlich pro Monat zu verzeichnen, und zwar sind im Reichspostamt, also ausschließlich Bayern und Württemberg, in den fünf Monaten 3000 Konteninhaber neu hinzugekommen. In Bayern ist die Zahl der Postscheckkonten-Inhaber im Jahre 1914 um 1215 gestiegen und der Umsatz betrug im Dezember 50 Millionen mehr als im Dezember 1913. Bei den Reichspostanstalten betrug in Friedenszeiten die tägliche Einzahlung auf Postscheckkonten etwas mehr als 300 000 Ml. Im August des vergangenen Jahres fiel sie auf etwa 200 000 Ml. Dieser Rückgang wird niemand Wunder nehmen, eher noch die Tatsache, daß der Stand von 300 000 Ml. gegen Ende des Jahres wieder erreicht worden ist. Vor dem Kriege betrugen die Guthaben etwa 200 Millionen Mrl. Die höchste Summe, die vor dem Kriege erreicht wurde, war 238 Millionen. Seit dem Ausbruch des Krieges sind nun die Guthaben anbauend gestiegen und erreichten im Dezember durchschnittlich 974 Millionen. Auch die bisher höchste Umsatzhöhe wurde im vergangenen Dezember erreicht mit dem Umsatz von 3,7 Milliarden Mrl. und in der ersten Woche dieses Jahres (4. bis 9. Januar) betrug der Umsatz 970 Millionen.

Auf die Gestaltung des Eisenbahnverkehrs während der Kriegsmonate wurde bereits in Nr. 2 des "Courier" hingewiesen, und es sei hier nur noch erwähnt, daß die Einnahmen bei den preußischen Staatsbahnen von Monat zu Monat gestiegen sind, sowohl im Güter- wie im Personenverkehr.

Ein ebenso interessantes wie untrügliches Anzeichen für unsere günstige Wirtschaftslage ist der Verkehr bei den Sparkassen. Nur ein Beispiel. In dem Zeitraum vom 30. Dezember 1914 bis 9. Januar 1915 wurden bei der Schöneberger Sparkasse 1 300 000

Marl eingezahlt gegen 1 048 000 Ml. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Bei dieser einen Sparkasse wurden also 252 000 Ml. mehr eingezahlt als in der selben Zeit vor dem Kriege, und bei anderen Sparkassen liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Sparkassen des Kreises Teltow haben sogar die Möglichkeit, in der ersten Januarwoche noch 227 000 Ml. in Gold an die Reichsbank abliefern zu können.

Zieht man noch in Betracht, daß die Kriegsanleihe am Anfang dieses Jahres eine Kurssteigerung um 2% Prozent aufzuweisen hatte, was den Börseleinstufigkeit die größte Freude bereitete, so läßt diese Entwicklung sicher alles andere, nur nicht den Schluß auf ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse Deutschlands zu.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Verhältnisse im allgemeinen nicht ungünstiger als im Winter 1913. Die Verhältnisse liegen so, daß in manchen Gewerbezweigen ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften besteht, während in manchen Orten und in manchen Gewerben die Arbeitslosigkeit sehr groß ist. Die Gewerbezweige sind bemüht, hier, soweit möglich, einen Ausgleich schaffen zu helfen. Für die Arbeitslosen besteht die Wirkung, jetzt mehr als in Friedenszeiten, sich da zu versetzen, wo Arbeitskräfte gefragt werden. Sie für manchen damit verbundenen Unbequemlichkeit müssen in solcher Zeit in Kauf genommen werden. Voraussetzung für die Annahme von Arbeit ist natürlich eine angemessene Entlohnung. Darüber, was eine angemessene Entlohnung ist, geben al erdings die Meinungen der Arbeiter und Arbeitgeber oft weit auseinander. In den Betrieben, welche für die Heeres- und Marineverwaltung arbeiten, werden große Überzeihungen erzielt und dort ist im allgemeinen auch keine Klage über schlechte Entlohnung. Dagegen ist in vielen anderen Betrieben der Arbeitermangel hauptsächlich die Folge der dort gezahlten ungenügenden Löhne. Ganz selbstverständlich müssen die Arbeiter bestrebt sein, solche Löhne zu bekommen, die ausreichend sind für die Lebenshaltung, und diese ist jetzt sehr teuer. Den Arbeitern müssen alle Nahrungsmittelvorräte nichts, wenn es ihnen nicht möglich ist, diese kaufen zu können. Zurzeit kann man von einem Roststand im allgemeinen, wenn man von dem Teil Ostpreußens absieht, der durch das Eindringen der Russen schwer zu leben hat, nicht sprechen. Dafür haben die Gewerbezweige gesorgt, die sofort bei Kriegsbeginn die richtigen Wege fanden, die größte Not von den Arbeitersfamilien fernzuhalten. Aber man hat damit zu reden, daß die Nahrungsmittel und notwendigen Bedarfssorten um so mehr im Preise steigen, je länger der Krieg dauert, und dadurch kann trotz genügender Beschäftigung und der austretenden Vorräte an Nahrungsmitteln ein Roststand in sehr vielen Arbeitersfamilien hervorgerufen werden, weil eben der Verdienst nicht ausreicht, um die teuren Preise bezahlen zu können. Es wird deshalb nötig werden, nach dieser Richtung vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Die Erfolgsmöglichkeit der Bevölkerung beruht ja nicht nur auf dem Vorhandensein ausreichender Lebensmittel, sondern auch auf der Kaufkraft des Volkes und es ist deshalb ebenso nötig, diese zu erhalten, wie die Sorge um den rationalen Verbrauch der vorhandenen Nahrungsmittel. Nun ist voraussichtlich durch die angeordnete Bevölkerung der Getreide- und Mehlvorräte einer Steigerung der Brotpreise vorgebeugt, aber der Mensch lebt hauptsächlich nicht von Brot allein, und wenn dem unbestimmt Teile der Bevölkerung die Erfolgsmöglichkeit nicht sehr erweitert werden soll, so werden weitere vorbeugende Maßnahmen sich wohl kaum umgehen lassen. Die Bevölkerung der Baren dürfte sich aber ebenso wenig wie die Festselbstversorgung von Höchstkreisen ganz

sie für uns und Euch. Wir liegen nun schon im sechsten Monat hier. Haben noch kein Bett gehabt. Von den vielen anderen Entbehrungen wollen wir gar nicht sprechen. Wir freuen uns aber, daß der uns aufgedrungene Krieg bis jetzt siegreich für uns verlaufen ist. Und daß Ihr, die Ihr das Glück habt, nicht mit uns Feld zu brauchen, ruhig und friedlich Eurer Beschäftigung nachgehen könnt.

Als Entschädigung erwarten wir aber, daß Ihr treu zur Sache steht und einig und geschlossen das Hochhauer, was wir alle zusammen mühsam aufgebaut haben.

In diesem Sinne rufe ich Euch noch einmal zu: "Haltet aus!" Denn Einigkeit war vorher nötig, und wird nach Friedensschluß noch notwendiger sein.

Jedem ich Euch alle recht herzlich grüße, wünsche ich, daß meine Zeilen Euch bei bester Gesundheit antreffen. Mit der Hoffnung auf ein baldiges gesundes und frohes Wiedersehen verbleibe ich Euer Kollege...

Werte Kollegen! Endlich habe ich wieder einmal eine halbe Stunde Zeit, um Euch einige Zeilen zu kommen zu lassen. Wenn man so als Oberstüchenschef für 20 hungrige Seelen zu lohen hat, da hat man so gerade keine Beschäftigung. Also die Sendung Zeitungen usw. ist eingetroffen und sage ich meinen herzlichsten Dank. Als größte Sensation hätte ich Euch mitzuteilen, daß wir seit 3 Tagen hier mit elektrischem Licht versehen sind. Wenn Ihr das alles bei uns mit ansehen könnet, wie wir uns hier einrichten, so würdet Ihr so einen Krieg für die Einsicht von der Welt halten. Aber alles hat so seine Entwicklung. Hier kann man so richtig die Entwicklung vom Urmenschen zum Neueren studieren. Auf dem gedrangtesten Raum findet man hier zu gleicher Zeit Höhlenbewohner, Pfahlbautechne und elegante Quartiere comme il faut. — Als wir hier in dieses Quartier eintraten, unterschieden wir uns von den Urmenschen nur durch unsere Bekleidung und dadurch, daß wir unter einem schwelenden Dach treten konnen. Sonst war nichts vorhanden. Kein Brennholz, kein Kochgeschirr, keine Lampe und auch kein Öl zum Licht. Dann aber kam der Verdegang. Auf Steinen wird eine Feuerstelle errichtet, irgendwo auf einem Mäusenhause wird ein alter Eimer gefunden, der vielleicht schon zu sonst etwas gebraucht hat. Das ist unser erstes und zunächst einziges Kochgeschirr. Eicht? Am nächsten Tage, beim Fleischentfang, lassen wir uns ein Stück Rindstalg geben. In einer Konservenbüchse, zunächst der Gipsel der Kultur, wird er ausgebraten. Ein Stück Brot von einem Verbandpäckchen dient als Docht und die erste Lampe ist fertig. Nach und nach werden aus den geräumten Dörfern einfache Kochgeräte, ein mit der Feuerung transportabler Kessel, eine Lampe ohne Ölinder, sowie ein richtiggehender Ofen mitgebracht. Wir fangen also an, zu werden. Ein paar Wagenplatten dienen als Tische und Bänke, ein leerer Stand im Stalle als Schafstelle. Zwei Stunden von hier ist eine Sägemühle. Es werden Bretter requiriert. Einige Holzbearbeitungsanlagen treten auf, und heute haben wir La-Tische, Bänke, Bettstellen, Schränke und sogar einen Kohlentisch. Als Koch verfüge ich zurzeit über 10 Eimer, 2 Kessel, 2 Töpfe, 1 Bratpfanne und sonstiges Gerät und Nährwert. Mit der Beleuchtung wurde es auch immer besser. Petroleum wurde aufgetrieben und jetzt sind die Installateure fertig mit der elektrischen Leitung. In jedem Raum sind 1 bis 2 Lampen und 20 Minuten von hier ist eine Zuckerfabrik, woselbst sich sogar ein Bannenbad befindet, welches in den letzten Tagen ebenfalls in Betrieb gestellt wurde. Jetzt fühlt man sich als richtiger Kulturmensch und fehlt nur noch, daß man sich mehrere könnte. — Das ist die eine Seite, die andere ist die, daß die Höhlenbewohner, kaum 3 Stunden von hier, dabei sind, alles was Kultur heißt zu zertrümmern und sich selbst zu zerreißen. So schafft dieser Krieg Gegenseite, wie man sie kaum beschreiben kann. Vorin in der Kampfslinie wird alles dem Erdboden gleich gemacht, und hier, doch hinter derselben, da sieht man noch ein, als wolle man einige Jahre verbringen. Eine elektrische Zentrale wird gebaut. In alle Orte, die von Truppen besetzt sind, wird Leitung gelegt und bald ist man damit bis an die Schuppengraben heran. Eine dicht bei uns liegende Traktionslinie führt Dünger ab, düngt den Acker und pflegt ihn. Alles das ist nicht etwa Scherz von mir oder irgendwelche Überbelastung, sondern alles ist Tatsache. Hier kann man also sehen, wie die deutschen Bar-

baren dem Feinde den Acker bebauen und ihm sogar die nächste Ernte sichern helfen. Strafanarbeiter, ältere Leute und Landsturmmänner von uns, halten die sonst nicht schlecht gesetzten Strafen in Ordnung. Also Kulturarbeit und Zerstörung, wie schon gesagt, dicht beieinander. Wenn wir nicht immer die Geschütze donnern hören, so hätten wir vielleicht schon vergessen, daß wir uns im Kriege befinden. Warum im Kriege? Wie lange wird es noch dauern? Habe heute meinen Kameraden die Resolution des Copenhagen Friedenskongresses vorgelesen. Mögen solche Bemühungen recht bald von Erfolg begleitet sein. Und nach dem Krieg wird dann die Arbeiterinternationale ihre Kulturarbeit wieder beginnen und wir alle wollen helfen, sie vereint zu Ende zu führen.

Während ich dies schreibe, ist auch Euer Jahresbericht eingetroffen, und schon in seiner Broschatform zeigt er mir, daß unsere Hallecke Bastille noch fest steht. Sehr erstaunt man aber auch daraus, daß eine Anzahl Mitglieder wieder fahnenflüchtig geworden sind; möge sie die Berichtung anstreben, die jetzt mit für sie ihr Leben einsetzen müssen.

Mit kollegalem und Herzengruß
Euer treuer Kollege ...

*
Rusland, den 15. Januar 1915.

Mein lieber S.I.

Da ich nun hier noch Zeit habe, will ich auch Dir etwas aus dem Russenreich mitteilen. Ich bin von Frankreich und Belgien am Sonntag hier in L eingetroffen. Ich war am 5. Januar noch in Antwerpen, hatte aber auf der Fahrt von Brüssel nach Antwerpen hinten links Augellagerbruch, und so mußte ich in Antwerpen in der Autofabrik von Minerva mit einem Augellager besorgen, was ich auch erlebt und repariert. Bei der Rückfahrt nach Brüssel erfuhr ich nun von meinem Oberleutnant, daß wir morgen früh 8 Uhr verladen müssen, da wir nach Russland kommen. Na, es war mir gerade für den ersten Moment nicht angenehm, aber man muß! Und so ging es nun mittags von Brüssel per Bahn über Köln-Hanover. Nach zwei Tagen langwieriger Bahnfahrt bin ich in Polen angelommen. Hier habe ich bis Sonntag zugebracht. Am Sonntag morgen ging es nun per Auto über Schrimm-Jacobshain-Salmirzicze, hier ist die russische Grenze. Die Straßen waren bis hier ganz gut. Von hier ab aber merkte man sofort, daß man im Russenreich war. Der Zollbahnhof ist durch Sprengungen nicht sehr zerstört. Es geht weiter auf Kaschisch zu; trotzdem die Kriegscolonnen hier durchzogen, sieht man hier wenig vom geweigneten Krieg. Das Bild ändert sich aber, sobald man den Anfang der Stadt Kaschisch passiert hat. Der zerstörte Bahnhof wird wieder ausgebessert, der Wasserkurm steht von unten nach oben nur die eine Hälfte, und die Hauptstraße durch Kaschisch ist nur ein Schliff- und Trümmerhaufen. Ich habe viel zerstörte Ortschaften in Belgien und Frankreich gesehen, aber ich glaube, Polen ist ziemlich gleichartig. Auf den Straßen die russischen Juden mit ihren langen Prophetenbärten und den schmutzigen Lumpen am Leibe treiben Handel: kaufen Sie bitte Zigaretten, Zigarren, Streichholz usw. Wir haben hier im Hotel Bristol, was, trotzdem die Nachbarhäuser zerstört sind, ganageblieben ist, zu Mittag Suppe, Kotelett und Bier 1,80 M. Beim Verlassen werde ich auch schon von einem Juden angebietet: "Sehen, hab' ich gehabt eigenes Haus, sind gekommen die Deutschen, haben kaput geschossen, bin ich bettelarm." Natürlich habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Russen es so haben wollten, er möchte mich an die Russen wenden. Nachdem ich nun noch hier Benzin gefüllt habe, ging es bei schönem Sonnenschein die Hauptchaussee auf L zu, es sind noch an 150 Kilometer durch Ortschaften mit den russischen Straßen. Überall Polen und Juden auf den Straßen in leben. Handel, Straßenweise und auch durch die Orte selbst ist das Pflaster miserabel. Vorbei geht es weiter an gesprengten Eisenbahnbrücken, wo aber bereits die deutsche Eisenbahnlokomotive darüber leucht, über gesprengte Holzbrücken, wo Posten Wache halten, immer meinem neuen Ziel entgegen. Durch Löcher, die man nicht sieht, und man denkt, die Scheinfest oder Federn müssen brechen; dazu wird es noch zeitig dunkel. Endlich erreiche ich gegen 6 Uhr das Ziel. Hier steht ich nun vor der Kommandantur; erhalte mein Quartier zugewiesen, dem ich nun angehöre. Es ist eine schöne leere Fünfzimmerwohnung mit Gas, da sind die Kam-

pen mit Glühstrümpfen drin, Bad usw., bloß das Bett fehlt. Aber Du weißt ja, ohne Bett bin ich ja schon die 5 Monate ausgelenkt, und ich glaube, man kann die Betten dann auch zu Hause einbringen und verankern. Denn wenn ich erst hier so eine Wohnung habe, kommt mir das großartig vor. Es ist doch besser, wie dauernd im Stall oder Scheune oder gar draußen im Grünen, wollte sagen im Schnee. Auch hat hier jedes Zimmer einen wirklichen Kachelofen; weißt Du, das kommt mir direkt dreißig vor dazu kriegen wir auch Kohlen, aber natürlich nicht für alle. Gebet habe ich natürlich auch gleich. Wie schön das war, kann ich Dir gar nicht schreiben. Also, man wird scheinbar in Russland wieder so was wie Mensch. Dabei sagen die Leute immer, in Russland ist nichts los...

Es waren am vorigen Sonntag fünf Wochen, daß die Russen hier ausgerissen sind und die Deutschen zum zweitenmal einzogen. Der Jubel soll immer groß gewesen sein, bloß mit dem Unterschied, daß die Stadt beim Einzug der Russen gesiegelt war. Es hat mir gestern am Donnerstag etwas gesoren, die Sonne meint es gut (wahrhaftig, weil ich hier bin), es ist schön warm. So magst du meinen Kollegen nachmittags einen Spaziergang durch die Stadt, da man so mehr zu sehen bekommt, als wenn man mit dem Auto fährt. Die Petrolowstraße ist die Hauptstraße; die ist den ganzen Tag sehr mit Fußgängern belebt, und des Abends kommt es mir vor, ich wäre in der Friedrichstraße bei uns. Bloß die polnischen und die tschechischen Juden und Jungen erinnern mich, daß ich in L bin. Natürlich fehlt auch die großartige Beleuchtung der großen Schauspieler und der schöne Asphalt von Berlin. Aber hier drin in diesem Trubel sieht man auch das große Elend der Bevölkerung, die nie sparen konnte und darf. Überall wird man angebettelt von Frauen und Kindern, die scheinbar von unseren Soldaten zuerst verhöhnt wurden. So leid es mir tut, wenn ich aber jeden alle Tage etwas geben sollte, dann müßte ich Dich bitten, dort zu Hause eine Sammlung von einigen hundert Mark zu veranlassen. Also muß ich alle abweisen, denn unsere Rührung reicht nicht weit und der Lebensunterhalt ist hier gleichfalls teuer. Feuerung ist fast für Geld nicht zu haben. Die Bohlen, die über den Rinnsteinen auf dem Bürgersteig liegen, schellen fast überall; L hat noch keine Kanalisation. Ja, die Bäume auf den Straßen sind schon umgezogen, um als Brennmaterial zu dienen. Überall Elend und Not! In der Hauptstraße verliest Kavallerie zu Pferde den Gendarmentest. Gestern ist eine neue Bürgermiliz ins Leben getreten, die, durch Armbinden kennlich, Polizeidienst besteht. Die elektrische Bahn verkehrt in der Stadt, auch mit den Vororten. Es gibt auch schöne, saubere Geschäfte hier, das meiste aber ist doch direkt la oft elektrisch. Die Juden scheinen mir aber aufrichtiger wie die Polen zu sein, und da ich gut polnisch verstehe, kann ich mir darin auch ein Urteil bilden. Die Juden verschwinden, sie wollen lieber sein deitsch möchte bloß haben die Krieg ein Ende. Dagegen hoffen die Polen, daß die Russen wiederkommen. Denn sehr oft bin ich in Gesprächen danach gefragt worden. Aber alle wünschen sie doch meistens, daß das Klientenreich hier nicht mehr walten möchte, daß das Besitzungsrecht ein Ende hätte. Aber man begreift auch hier bei der armen Bevölkerung, daß die Kinder Schulen haben müssen. Es wäre aber unmöglich, ein Schulzwang ist nicht, und wer nicht zahlt, dessen Kinder können auch nicht lernen. So versichert mir in dem Haus, wo ich wohne, der Besitzer (ein geborener Lodzer Jude): "Wir alle wünschen ein baldiges Ende des Krieges, aber deutsch müssen wir bleiben, denn der Umgang des Zaren will es ja nicht anders. Meine Kinder studieren in Leipzig, denn für uns ist ja kein Platz da, wir möchten und sollen dumm bleiben, so wünscht es die russische Regierung. Was aber die Autos hier in Russland leisten müssen, davon habt Ihr zu Hause keine Ahnung. Und die Kollegen, die hier in Russland fahren, leisten mehr wie mancher Soldat im Schützenkranz. Wenn es auch im Schützenkranz unheimlich ist, so ist es aber bei Nacht auf russischer Straße in Kriegszeit noch unheimlicher; denn mit der Möglichkeit, über einen verdeckten Chausseestein zu fahren, die rechts und links als Straßengrenze niedrig aufgestellt sind, kann man alle Tage regnen. Und dann geht es auch nicht immer so leicht ab. Der Krieg ist und bleibt eben gefährlich, da kann man nicht an Feind oder Fliegerweiter dahinter sein. Aber für jedermann ist ja unmöglich in diesem Krieg ein Ende bestimmt. Also hoffen wir, daß das Kriegsende kommt und wir uns gesund wiedersehen.

Aus unserm Berufe

Automobil-Führer



Ein Freispruch wegen unbefugtem Aufnehmen von Fahrgästen. Der Angeklagte war im Juli 1914 angestellter Kraftwagenführer der Hanifa-Lichtwerke in Hamburg. Eine polizeiliche Erlaubnis des Polizeiamts Altona, auf öffentlichen Straßen und Plätzen Droschen zu iedermann Gebrauch in Altona in Betrieb zu setzen, besaßen weder er noch seine Arbeitgeberin.

Am 1. Juli 1914 hat der Angeklagte mit einer den Hanifa-Lichtwerken gehörigen, von ihm geführten Kraftwagenfahrgäste von Hamburg nach der Gartenbauausstellung in Altona gefahren. Als er darauf mit der leeren Drosche nach Hamburg zurückfuhr, wünschten ihn auf dem Kaiserplatz in Altona einige Personen heran, die nach Hamburg fahren wollten. Er nahm sie in seine Drosche auf und fuhr sie gegen Bezahlung durch Altona nach Hamburg.

Dem Angeklagten ist zur Last gelegt, sich hier durch der Übertretung des § 1 Abs. 1 der Altonaer Droschenordnung vom 25. Oktober schuldig gemacht zu haben.

Er befreit seine Schuld und führt aus: Er habe erfahren, daß der Direktor Glenapp von der Ham-

burger Hedag — einer Kraftforschungsgesellschaft — in seinen Garagen habe angeschlagen lassen, es sei den Chauffeuren von der Polizeibehörde in Altona gestattet, wenn sie Fahrgäste von Hamburg nach der Gartenbauausstellung in Altona gefahren hätten, auf der Rückfahrt Fahrgäste nach Hamburg aufzunehmen. Sie durften aber nicht Fahrgäste anrufen oder auf Haltestellen erwarten. Diese Erlaubnis sei erst nach dem 1. Juli 1914 widerruhrt. Er habe sich daher für berechtigt gehalten, die ihm anrufenden Fahrgäste nach Hamburg zurückzufahren.

Der als Zeuge vernommene Direktor Glenapp bestätigt, daß er einen solchen Antrag in seinen Garagen habe anbringen lassen. Er habe sich mit einer entsprechenden Bitte an den Polizeiverwalter Senator

losen dünnen Räumen einzunehmen, die nicht im entfernten allen Beschäftigten Unterflur gewähren. Ein großer Teil unserer Kollegen muß sich deshalb innerhalb des offenen Speichers auf Säcken stend und der Zugluft ausgesetzt, ein Plätzchen suchen, um hier das von seinen Familienangehörigen gebrachte Mittagessen einzunehmen zu können.

Das Fehlen ausreichender, mit Schränken versehener und beheizter Aufenthaltsräume (von denen einer sogar lichtlos und ohne jede Heizung ist), ferner die ungenügende Waschgelegenheit in dem Schuppen, so wohl wie im Speicher sind bereits im November 1913, also kurz nach Eröffnung des Hafens auf Grund unserer Feststellungen in der Sitzung der Hafendeputation zur Sprache gebracht und als abhöhrbar erachtigt anerkannt worden. Die Abstimmung dieser Mißstände wurde zugesagt und sollte in aller Kürze erfolgen.

Im Juni 1914 wurde auf unsere erneute Anregung hin die städtische Hafendeputation nochmals auf die immer noch bestehenden Mißstände aufmerksam gemacht und um umfassliche Verbesserung der vorgetragenen Wünsche gebeten, aber es geschah nichts, um die als berechtigt anerkannten Mißstände abzustellen.

Die Arbeiter des Berliner Osthafens nahmen daher in einer Anfang Oktober stattgefundenen Versammlung nochmals Stellung zu den bestehenden Mißständen und beantragten die Verbandsleitung, unverzüglich auf die Abstellung der durch die Bauverwaltung verschuldeten Mängel zu dringen.

Nahezu ein Jahr war somit vergangen, und wieder drohte der Winter einzufallen, ohne daß für warme und genügend Raum bietende Aufenthaltsräume für die Hafen-, Speicher- und Kohlenarbeiter gejagt war.

Abermals wurde die städtische Hafendeputation auf die unhaltbaren Zustände am Osthafen hingewiesen, worunter die dort beschäftigten Transportarbeiter bei den Unbillen der Winterzeit und in noch erhöhtem Maße mit Eintritt der kalten Jahreszeit zu leiden hatten und um schleimige Abfälle dringen gebeten.

Ende Oktober wurden dann die gerügten ungenügenden Räume von einer Kommission der Hafendeputation besichtigt, nachdem bereits vorher unverzügliche Abhilfe angefordert war. Seitdem ist nichts geschehen, was den Erwartungen der Hafen- und Transportarbeiter entsprochen hätte, die bereits seit 14 Monaten als berechtigt anerkannt sind, beim Bau des Berliner Osthafens verschuldeten Mängel zu beseitigen. Wir stellen das ausdrücklich fest, um an der Hand dieser Tatsachen die Behandlung und Erledigung einmal als berechtigt anerkannt bestehender Mißstände im Osthafen zu beweisen.

Aus zweitmäßiger Gründen erheben und wiederholen wir unsere Forderungen nunmehr öffentlich, damit die gerügten Mängel abgestellt und dieselben mangelhaften sozialen Einrichtungen beim Bau des Berliner Westhafens vermieden werden.

Mehr zweitmäßige Sozialpolitik, mehr sanitären und hygienischen Schutz, für zum mehr Arbeiterschutz, der auch den Arbeitern wirklich zu Leibe wird, muss bei Ausführung solcher Hafenanlagen von der Bauverwaltung gefordert werden, wenn eine solche Anlage Anspruch auf ein vollkommenes Kulturerbe erheben will.

Sympathiestreit und Tarifvertrag. (Urteil des Reichsgerichts vom 29. Januar 1915.) Am 3. Januar 1912 vereinbarten das Speditions- und Eisenbahngesellschaft und die Gauleitung des Transportarbeiterverbandes in Magdeburg einen Tarif, der die Beziehungsverhältnisse zwischen den der Organisation angehörigen und bei der Firma beschäftigten Hafenarbeitern und Rangierern und der Firma regelte, und der vorläufig vom 1. Januar 1912 bis zum 30. Juni 1913 Gültigkeit besitzen sollte. Als im Frühjahr 1913 die Vorsitzende und Dechtmannschaft des Kontors in den Ausstand traten, um eine Neuordnung der Sonntags- und Nachtdienste zu erlangen, legten während dieses Streites auf eine Aufforderung des Transportarbeiterverbandes hin auch die Hafenarbeiter und Rangierer ihre Arbeit nieder, um den Forderungen der Streikenden durch diesen Sympathiestreit größeren Nachdruck zu verleihen. Daraufhin strengte das Speditions- und Eisenbahngesellschaft eine Klage auf Schadensersatz gegen den Transportarbeiterverband an. Es schied diese aus, auf die §§ 823, 826 B.G.B. (Verstoß aus unerlaubter Hand, gegen die guten Sitten verstoßender Handlung) und behauptete ferner, ein vertretbares Verschulden des Verbandes, der den am 3. Januar 1912 geschlossenen und noch gültigen Tarifvertrag gebrochen habe, und zwar habe er wider die folgende Bestimmung des fraglichen Vertrages gehandelt: "Eine Kündigung zwecks Löschung des Arbeitsverhältnisses ist für beide Vertragsparteien ausgeschlossen". Nach der Auffassung der Firma sage dieser Bassus, während der Dauer des Vertrages sei eine Kündigung von Seiten einer jeden Partei unzulässig. Der beschuldigte Verband bestreitet ein Verschulden seinerseits, vor allem ein vertragliches, da die von ihm angeblich verletzte Vertragsbestimmung nur dahin auszulegen sei, daß die Löschung des Arbeitsverhältnisses keiner vorangegangenen Kündigung bedürfe. Auch gegen die übrigen Vertragspunkte habe er durch die Aufforderung zum Streit nicht verstößen, da es sich um einen Solidaritäts- oder Sympathiestreit gehandelt habe, wie ihn der Tarifvertrag nicht ausgeschlossen habe. Dieser habe nur dafür garantiert, daß die Hafenarbeiter und Rangierer nicht während der Dauer des Vertrages in den Ausstand treten, um eine Erhöhung ihres Lohnes durchzusetzen.

Nachdem das Landgericht die Klägerin abgewiesen hatte, legte dieselbe Berufung beim Oberlandesgericht Hamburg ein, jedoch ohne Erfolg. Das Berufungsgericht gab etwa folgende Urteilsgründe: Die Tarifverträge sollen eine Gewähr dafür schaffen, daß während der Dauer des Vertrages, jedoch nicht über dessen Inhalt hinausgehend, der Arbeitgeber gegen den wirtschaftlichen Nachteil von Streiks geschützt, die Arbeitnehmer vor Lohnherabsetzung und Aussperrung bewahrt werden. Die Pflicht des Verbandes war es, darauf zu achten, daß der Vertrag von den Arbeitern eingehalten würde, und es mindestens zu unterlassen, sie zum Vertragsbruch zu verleiten. Der Klageanpruch ist jedoch sachlich unbegründet. Selbst wenn man annimmt, daß der Verband die Arbeiter zum Streik verleitet hat, so liegt hierin keine Verleugnung des Tarifvertrages. Der Vertrag verpflichtete nur die Arbeiter, die Bestimmungen des Vertrages einzuhalten. Die Arbeiter haben aber nicht zum Zweck der Erlangung höherer Löhne und günstiger Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt, sondern nur, um die Forderungen der Vorsitzenden und Dechtmannschaften zu unterdrücken. Eine solche Arbeitsniederlegung zu verhindern, ist nicht Zweck des Tarifvertrages. Nun konnte also der Verband durch die Auflösung zum Streit nicht verhindern. Mit Unrecht beruft sich die Klägerin auch auf die kontraktswidrige Lösung des Arbeitsverhältnisses. Der Wortlaut der angeführten Vertragsbestimmung spricht gegen die klägerische Auslegung. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Verband der Arbeiter die Freizügigkeit seiner Mitglieder auf 1½ Jahre beschränkt will. Der Sachverständige hat außerdem bestanden, daß das Wort "Kündigung" im Sinn von "Kündigungstreit" gebracht wird und daß hier zum Ausdruck gebracht werden soll, die Arbeiter könnten jeden Tag die Arbeit aufzugeben und entlassen werden. Der auf ein vertragliches Verschulden des Verbandes gegründete Anspruch erscheint ungerechtfertigt, dasselbe gilt für den Anspruch aus den §§ 823, 826 B.G.B. Der Streit ist nicht unerlaubt, er kann es hier auch nicht wegen seines Zwecks sein. Die angewandten Mittel gehen auch nicht über das erlaubte hinaus. Ist die Handlung nicht widerrechtlich, so kann es auch die Ausübung dazu nicht sein. Das Verhalten des Verbandes ist auch kein Verstoß gegen die guten Sitten. Weder der Streit selbst, noch die angewandten Mittel lassen denselben als sittenwidrig erscheinen.

Die abgewiesene Firma legte daraufhin Revision beim Reichsgericht ein. Der II. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes wies jedoch das Rechtsmittel zurück und bestätigte in allen Punkten das Urteil der Orlanzian und führte dazu aus: Weder in Anwendung der Mittel noch in Anwendung des Zwecks liegt in dem Verhalten des Verbandes etwas Rechtes oder etwas Sittenwidriges. Auch die Auslegung, die das Berufungsgericht der Klausur betr. der Kündigung gegeben hat, ist einwandfrei. Nach Lage der Sache ist es ausgeschlossen, daß der Verband die Arbeiter hat auf so lange Zeit bei der Firma binden wollen. Wenn sich eine Bestimmung über einen Sympathiestreit in dem Tarifvertrag nicht vorfindet, so ist es Sache der Auslegung, ob nach Sinn und Zweck in vorliegenden Fall anzunehmen ist, daß nach dem Willen der Vertragsabschließenden ein Sympathiestreit ausgeschlossen ist. Wenn die Orlanzian annimmt, daß nach der Verhältnisse mit Rücksicht auf allgemeine Standlagen und mit Rücksicht auf die besondere Sachlage der Sympathiestreit hier nicht ausgeschlossen war, so tritt der Senat seiner Ansicht bei. Ein Streit ist sich ist auch nicht unerlaubt, noch verstößt er gegen die guten Sitten.

Jugend-Bewegung

Berlin. Die Abteilung Lichtenberg hielt am 27. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach Vorlesung und Annahme des Protolls sprach ein Kollege über die wirtschaftliche Lage und erinnerte die jüngst gebräuchlichen Ausdrücke in der Tagespresse. Außerdem erstattete der erwählte Mitarbeiter den Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Acht Versammlungen wurden abgehalten, davon eine gemeinsam mit der Abteilung Osten. In dieser derselben wurde ein lebhafter bzw. unterhaltsamer Vortrag zu Gehör gebracht. Erst des Krieges und der damit im Zusammenhang stehenden Agitationen und den Zentralverbund bzw. "Jugendkurm" wurde die Tätigkeit innerhalb der Abteilung fortgesetzt. Neuerliche Wandertreffen wurden veranstaltet und ein industrielles Unternehmen beschäftigt. Weiter fanden auch drei Jugendkunstfeste im Saale statt, in welchem für Unterhaltung durch Lieder, der Verleihung von Wandern gegenständen und Gesangsvorträgen gefordert war. - Funktionseröffnungen wurden elf abgehalten. Die Agitation erforderte die Verbreitung von mehr als 5000 Handzetteln; auch wurden 165 Briefe, sowie 269 Drucksachen versandt. Der Versammlungsbesuch hat sich etwas gehoben, doch muß nach dieser Richtung hin noch mehr gearbeitet werden. Unterrichtsstunde für Stenographie und Mandolinenspiel wurden abgehalten und sind zurzeit noch im Gange. Ein Kollege hat sich freiwillig zum Militär gemeldet und dient bei der Feldartillerie im Elsaß. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kollegen auch in Zukunft in der bisherigen Weise weiter arbeiten wollen. Die neuwahl. Abteilungsleiter: Kollege Georg Kieschke, 2. Abteilungsleiter: Kollege Richard Hahn, Schriftführer:

Kollegin Büschel. Als Bezirksführer wurden die Kollegen Bauer, George und Paul Müller wiedergewählt. Die Wahl des Bezirksführers Werner mußte wegen dessen Abwesenheit vertagt werden. Die Winterwanderung am 24. Januar wies eine starke Beteiligung auf und die Teilnehmer waren von dem vorgänglichen Verlauf voll befriedigt. Es wurde beschlossen, im kommenden Monat ein industrielles Unternehmen zu besichtigen. Hierauf erfolgte gegen 11 Uhr Schluss der Versammlung.

Strassenbahner.

Gegen die Große Berliner Straßenbahn.

Zu schweren Vorwürfen gegen die Große Berliner Straßenbahn kam es in der am 25. Januar abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten in Schöneberg. Ein Redner wies aus Anlaß der Bevölkerung der Verkehrsalarmataren darauf hin, daß die Große Berliner Straßenbahn die Pflicht gehabt hätte, bereits vor Ausbruch des Krieges dafür Sorge zu tragen, daß dem Verkehrsbedürfnis Groß-Berlins Rechnung getragen würde. Die Aussrede der Direktion, daß Personalmangel vorhanden sei, ist irrig, denn es gäbe deutlich mehr Leute, die gern bei der Großen Berliner Straßenbahn als Führer oder Schaffner eine Stellung annehmen würden, in Hülle und Fülle; allerdings nicht zu einem Lohn von 3,50 Mark pro Tag, wie ihn die Gesellschaft zahlt, obwohl sie gerade jetzt von ihrem Personal höhere Leistungen als in Friedenszeiten verlangt. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion unterstrichen diese Ausführungen und wiesen darauf hin, daß es eine leere Ausrede von der Direktion sei, wenn sie über Leitermannmangel klage. Würden anständige Löhne gezahlt, die im Vergleich zu den anderen Betrieben stehen, dann würde das volle Personal bald zusammengestellt sein.

Hoffentlich schließen sich dem Vorgehen dieses Parlaments bald andere Gemeinden an, damit der Große Star wird, daß es ihre Pflicht ist, ihr Personal anständig zu entlohnen und vor allen Dingen nicht mit zu hohen Arbeitsleistungen zu überburden. Die schweren Zusammensetze der letzten Zeit und die Austritte aus der Beschäftigung sind unseres Erachtens zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen.

Wie die Große Berliner dem Fehlen von Personal begegnen will, geht aus folgendem hervor: An die Frauen der zur Fahne eingezogenen Kollegen wurde folgendes Schriftstück gesandt:

"Berlin, den 12. Januar 1915.
Große Berliner Straßenbahn.

An
die Frauen unserer im Felde stehenden Beamten, Handwerker und Arbeiter.

Wir sind bei den Behörden um die Erlaubnis eingekommen, wiederum Frauen in unsere Dienste nehmen zu dürfen.

Es bietet sich daher voraussichtlich erneut Gelegenheit zur Einstellung von Frauen unserer im Felde stehenden Bediensteten, in den Dienst als Schaffnerinnen auf Betriebswagen zu den bekannten Bedingungen (35 Pf. die Stunde, bei durchschnittlich 6 bis 8 stündiger Beschäftigung, 2 freie Tage im Monat gegen Bezahlung von je 2,80 Mt.). Falls Sie von dieser Beschäftigung Gelegenheit Gebrauch zu machen beabsichtigen, wollen Sie sich baldigst bei dem Vorsteher des Bahnhofs, dem ihr Mann zugewiesen war oder in dessen Nähe Sie wohnen, persönlich melden.

Auswärts wohnende Frauen wollen ihre Meldung uns schriftlich zulernen lassen.

Die Direktion.
Otto."

Also, weil daß Ausbildungspersonal es bei dem niedrigen Lohn und dem schweren Dienst nicht im Betriebe aushalten kann und daß angestellte Personal wegen Übermüdung erkrankt, sollen wiederum die Frauen der Eingezogenen herangeholt werden. Diesmal fehlt in der Verfolgung der sanfte Druck auf den Magen. Aber den Frauen wird es schon begreiflich gemacht werden, daß ihre Unterstützung von der "Bedürftigkeitsfrage" abhängig gemacht wird. Bis jetzt haben sich auf diese Aufforderung hin ungefähr 120 Frauen gemeldet. Die Große Berliner wird nun wiederum erklären können, daß es ihr jetzt trotz aller Bemühungen nicht gelingt, Erstlinge jene lebhaften Personen zu finden. Daß sie selbst die Schuld daran trägt, wird sie verschweigen. Hier wäre es absolut notwendig, daß die zahlreichen Instanzen, anstatt die Große Berliner durch Berichtigungen an die Unternehmensdeputationen noch in ihrem Verhalten zu unterstützen, ihr begreiflich machen, daß es ohne Rücksicht bezüglich der späteren Entwicklung auf die Schäler des angestellten Personals, ihre Pflicht sei, durch Zahlung eines entsprechenden Lohnes sich die Kräfte zu erhalten.

Das Ausbildungspersonal kann dabei der Große Berliner etwas nachholen, wenn es sich vollständig dem Verband der Straßenbahner anschließt.

Lohnbewegung der Spandauer Straßenbahner.

In der Nr. 2. des "Courier" vom Januar berichteten wir, daß die von uns eingerufenen Versprechungen der Angestellten der städtischen Straßenbahn durch Maßnahmen der Polizei illusorisch gemacht werden sollten. Heute können wir konstatieren, daß wir zurzeit ungehindert unsere Zusammenkünfte erhalten können. Es dürfte hier unsere Beschwerde beim Regierungspräsidenten, wenn sie auch eigentlich wieder abgelehnt wurde, nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein. Selbstverständlich ist gegen die Abschaffung Berufung bei den maßgebenden Instanzen eingelegt worden. Hoffentlich wird hierbei auch dem Herrn Oberbürgermeister klar werden, daß Organisationen auch zur Zeit des Burgfriedens nicht notwendig haben, auf ihre durch Gesetz verfügbten Rechte zu verzichten.

Nachdem nun mehrere Versammlungen ohne Polizeiaufschluß stattgefunden und die Angestellten in ihrer großen Mehrzahl dem Verbande angehören, brachten wir die berechtigten Wünsche unserer Kollegen am 16. Januar dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis. Die Eingabe lautet:

"Das seit Ausbruch des Krieges bei der städtischen Straßenbahn zu Spandau eingestellte Ausßersonal ist zu denselben Lohn- und Arbeitsbedingungen angestellt worden, wie die im Frieden beschäftigten ständigen Angestellten, d. h. für das jetzt eingestellte Personal kommen nur die Anfangslöhne in Betracht. Bedingt diese niederen Löhne schon in Friedenszeiten eine große Einschränkung im Haushalte, so sind sie jetzt in der Kriegszeit, wo fast alle Lebensmittel und Bedarfsartikel bis zu 50 Proz. und oft mehr im Preise gestiegen sind, völlig ungenügend. Ebenso sind die Arbeitsleistungen des einzelnen infolge des starken Verkehrs weit höher, als vor Ausbruch des Krieges. Die Folge dieser ungenügenden Entlohnung und starken Überförderung in der Dienstleistung ist ein erheblicher Wechsel des Personals, der sicher nicht zum Vorteil der Stadt als Unternehmerin sowie der Fahrgäste und des Personals sein kann."

Das genannte Personal ist, um die oben bezeichneten Härten zu beseitigen, an uns herangetreten und hat gebeten, folgende Wünsche dem Magistrat zu unterbreiten:

1. Der Lohn soll betragen pro Monat:	
	für Schaffner für Fahrer
im 1. Jahre	105 M.
" 2.-3. "	110 "
" 4.-5. "	115 "
" 6.-7. "	120 "
" 8.-9. "	125 "
" 10.-11. "	130 "
" 12.-13. "	135 "
" 14. "	140 "
" 15. "	145 "
	125 M.
	130 "
	135 "
	140 "
	145 "
	150 "
	155 "
	160 "
	165 "

Überstunden werden mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt. Jede Überstunde wird voll gerechnet, sobald die Arbeitszeit 15 Minuten überschreitet. Überleistungen unter 15 Minuten werden nicht bezahlt.

Für diejenigen Angestellten und Arbeiter, die im Stundenzins beschäftigt werden, beträgt der Mindestlohn 50 Pf. pro Stunde.

2. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt pro Tag für Fahrer 9 und für Schaffner 10 Stunden pro Arbeitstag. Im Monat werden vier freie Tage gewährt. Die Ruhetage eines freien Tages beträgt mindestens 36 Stunden.

Wir bemerkten zu den obengenannten Wünschen, daß sie zur Grundlage einer Verhandlung dienen sollen und ersuchen den Magistrat, zwecks einer Verhandlung Ort und Zeit bekannt geben zu wollen.

Ortsverwaltung Spandau.

In der zweiten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Januar stand nun bei der Beratung des Haushaltspolans der Straßenbahn diese Eingabe mit zur Beratung.

Nachdem von einzelnen bürgerlichen Stadtverordneten angeführt wurde, daß das Gehalt der Schaffner zu niedrig sei, welches allerlei Unannehmlichkeiten im Gefolge hat, so Mangel an Personal, Untergestelltenfehlstand usw., meinte Oberbürgermeister Koelke, man müsse mit dem Kriegszustand rechnen und Geduld haben. Im übrigen, betonte er, daß der Magistrat durchaus gern an den Wünschen der Straßenbahner stehe und daß sich die Leute daher vertrauensvoll an ihn wenden möchten. Auch glaubt derselbe, ein mehr familiäres Verhältnis zwischen ihm und den Arbeitern verlangen zu müssen.

Diese Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters zeigt wahrlich nicht von Arbeitertreue und außergewöhnlichem Verständnis für Sozialpolitik. Herr Koelke scheint von den modernen Aufgaben der Arbeitersbewegung während des Krieges noch nichts gehört zu haben und besteht heute wie früher aus seinem "Herrn-im-Hause"-Standpunkt. Stadtverordneter Bied wird mit Recht darauf hin, daß, wenn nicht die eine Millionen Gewerkschaft im Felde zur Verteidigung des Vaterlandes ihre vaterländische Pflicht erfüllten, der Herr Oberbürgermeister vielleicht nicht so ruhig aus seinem Büro heraussteht und in geradezu farschiger Weise eine Verhandlung mit der Vertretung der Straßenbahner ablehnen würde, zu einer Zeit, in der selbst Staatsminister und militärische Oberbefehlshaber zwecks Regierung von Lobudissenzen und Vermittlung von Arbeitskräften mit denselben in Verbindung treten."

Und wenn der Herr Oberbürgermeister die Kollegen Straßenbahner auf den Weg der persönlichen Verhandlung verweist, so behaupten wir, daß dabei nicht allzu viel oder überhaupt nichts herauskommt, denn das haben uns die vielen mitlohenen Parteien und Wünsche einzelner Straßenbahner im Laufe der

Jahre zur Genüge bewiesen. Wir glauben nicht mehr an die leeren Versprechungen vom Magistrat und auch die neue "Gehaltsregulierung" wird unsere Auffassung nur bestärken. Wenn nun der Herr Geheimrat Koelke von einem "familiären Verhältnis" zwischen Verwaltung und Straßenbahnen spricht, so wissen wir nicht, ob es dem Herrn Oberbürgermeister ernst mit diesem Wunsche ist. jedenfalls werden die Straßenbahner der Errichtung eines derartigen "familiären Lebens", bei dem sie bisher als Siebzehn Solmsmuster Art behandelt wurden, sehr skeptisch gegenüber stehen. Wissen sie doch zu genau, daß unter diesem "familiären Verhältnis", genau so wie früher, berechtigte Wünsche Einzelner mit Rücksicht geschadet werden würden. Davon können gerade die älteren Kollegen manches Lied singen. Mit Versprechungen auch der besten Art ist niemand geholfen.

Mag die Entscheidung der Straßenbahndepartement ausfallen, wie sie will, darüber werden und müssen sich die Kollegen klar sein, daß bei dem jetzigen schwierigen und aufopferungsvollen Dienst, bei Überfüllung der Wagen, selbst unsere Forderungen bzw. Wünsche als minimal anzusehen sind und daß, wenn der Magistrat nur einigermaßen guten Willen und ein klein wenig Verständnis für Arbeiterfragen an den Tag legen würde, er weit über die Wünsche der Straßenbahner hinausgehen müßte, um nur eingesetzten Schritt zu halten mit der enormen Vereiterung aller Lebensmittel, die auch der Magistrat nicht bestreiten wird und kann.

Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Nicht ermüden, bis der letzte Mann seiner Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, zugeschüttet ist. Nur durch allein kann allen noch bestehenden Missständen abgeholfen werden!

Durch Schaden wird man klug.

Wie oft ist schon darauf hingewiesen worden, daß bei Neuorientierungen, soweit Verkehrsbetriebe in Frage kommen, von den Einzufliegenden Verträge unterzeichnet werden müssen, die eher einem Gesindevertrag, als dem eines freien Arbeiters ähnlich seien. Obwohl die Betreffenden sich über alle im Vertrage stehenden Bestimmungen klar sein sollten, ist dies sehr oft nicht der Fall. Erst beim Ausstritt aus der Beschäftigung werden ihnen die Dinge klar.

Die Entlassungen des östlichen Zustandes kommen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es finden sich schon genug Anlässe, um Angestellten das Leben schwer zu machen, wie Meldungen wegen geringer Vergehen gegen die Dienstbestimmungen, angebliches nicht genug devote Verhalten gegen Befehle, nach Meinung der Vorgesetzten unnötige Beimängelung von Wagen usw. Der Dienstvertrag wird dann, je nach Lage des Verhältnisses entweder von dem der Scherereien münden Angestellten oder von der Gesellschaft gelöst. In diesem Augenblick werden die im Vertrage bestimmten für den Angestellten ungünstigen Paragraphen zur Anwendung gebracht.

So erging es einem Fahrer, welcher durch den Krieg gezwungen wurde, den Dienst bei der Berliner Ostbahn aufzunehmen, um nicht brotlos zu sein. In der kurzen Zeit seiner Beschäftigung hatte er außer durch ungenügendes Wagenmaterial bestehenden Gefahr, ins Gefängnis zu wandern, so viel unbeschriebene Erfahrungen, daß er es vorzog, die "Lebensstellung" bei den Berliner Ostbahnen zu verlassen. Er hoffte, dies ohne finanzielle Entschädigung tun zu können.

Aber er hatte die Rechnung ohne den im Oktober abgeschlossenen Vertrag gemacht. Es wurde ihm von seinem Lohn ein Abzug gemacht, der nicht zulässig ist. Wenn auch der § 11 der Anwahleverhandlung besagt: "Sollte ich außer meiner Ausbildungzeit nicht wenigstens 12 Monate im Dienst der Gesellschaft verbleiben, sondern freiwillig ausscheiden, oder auf Grund meines militärischen oder außerordentlichen Verhältnisses entlassen werden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Berliner Ostbahnen berechtigt sind, sich für die Kosten meiner Ausbildung aus der von mir hinterlegten Kautions Deckung zu versetzen." Diese Kosten werden nach dem während meiner Ausbildung tatsächlich an mich gezahlten Lohn und der meinen Lehrschaffner oder Lehrfahrer gezahlten Lehrzulage berechnet. Höchstens sollen mir aber abgezogen werden: 30 M., sofern ich lediglich als Schaffner, 60 " " " Fahrer, 75 " " " Schaffner und Fahrer ausgebildet wurde."

Nun war es ein Glück für den jungen Fahrer, daß er statt 100 M. nur 25 M. als Kautions stellte und die fehlenden 75 M. laufend jeden Monat in Raten von 5 M. abtragen wollte, und dieses schon zuerst geschah, so daß nur 35 M. als Kautions in Frage kamen. Die Ostbahn hat ihr übriges, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, vom Lohn nichts einzubehalten, zog sie ihm einfach von seinem letzten Verdienst 12 M. vor der Rente ab, um die Kosten der Ausbildung zu 1-2 M. pro Tag, auf 21 Tage - 42 M. und für den Lehrfahrer 5 M. Letztere Zulage nicht verloren gehen zu lassen. Die rechte Unternehmermanier. Nun wird den Herren die da glauben, das Szepter der Berliner Ostbahnen in der Hand zu haben, beigebracht werden müssen, daß sie hier gefühlvoll gehandelt haben und sich nicht die Gesetze selbst machen und auslegen können.

Es kann nicht genug gewarnt werden, bei Annahme von derartigen "Lebensstellungen" nicht nur bei dieser Gesellschaft, sondern bei allen Verkehrs-instituten erst an geeignete Stelle Rat und Auskunft einzuziehen, um nicht später das sauer verdiente Geld verloren gehen zu sehen.

Magdeburg.

Durch den Ausbruch des Krieges treten in vielen Betrieben Aenderungen und Umwälzungen ein; so mancher Arbeitgeber hat sich schon zu Zugeständnissen herabgelassen, die ihm in Friedenszeiten nur durch einen Streit hätten abgerungen werden müssen. — Auch die Magdeburger Straßenbahn bildet hierin keine Ausnahme. Der Not geborend, hat sie den Lohn der Hilfschafter von 3,50 M. auf 4 M. pro Tag erhöht. Die Lehrzeit der Betreffenden hat man bis auf drei Tage reduziert und bezahlt sogar die Lehrzeit mit. Die Lehrlinge brauchen die ärztliche Untersuchung nicht zu bezahlen und auch keine Kanton zu stellen. Neuerdings hat man sich sogar herbeigelaufen, diesen Hilfschaftern vom Anhängerweidetakt für den aufsatzfahrlärmigen Frühdienst 1 M. und für die Frühzüge außerdem noch 2 M. extra zu zahlen. So fanden diese Hilfschafter zu einem Tagesdienst von 4 bis 7 M. Nun kommt das Aber! Sie haben dies nicht in 10 und 12 Stunden erreicht, sondern es gehörte eine Dienstdauer von 18 und 20 Stunden dazu. Wenn man diesen Kollegen auch den Verdienst gönnt, so muß man sich aber doch sagen, daß der lange Dienst auf die Dauer nicht erträgt ist; er wird auch auf die Dauer nicht durchgeführt werden, weil die Direktion mit dem langen Anhängerweidetakt nur mit Auge hält, im alten Gefechtsjahr lobte wie möglich Wagenkilometer zu fahren, die noch an der in Aussicht genommene Anzahl Wagenkilometer ließen. Eine Notwendigkeit im Interesse des Verkehrs, die Anhängerweidetakt und nach Eintrittswagen vom frühen Morgen bis zum späten Abend laufen zu lassen, lag absolut nicht vor. Man erzieht daraus, wie widerwärtig von Seiten der Direktion gearbeitet wurde. Auf der einen Seite zahlt man den Wagenführern Prämien für angebrachte Stromsparweise, und hier wurde der Strom unzählig verschwendet. Hat denn nun die Direktion auch, wo sie dem Ausßersonal vermutlich sehr wohlwollend gegenüber steht, dem noch nicht eingezogenen, unbrüderlichen alten Personal auch etwas Wohlwollen gezeigt? Dies müssen wir verneinen. Aber sind es doch gerade, die den Betrieb in Wirtschaftlichkeit noch aufrecht erhalten, denn bei dem starken Bedarf von Hilfschaftern, trotz der Zugeständnisse, wäre dies ohne das alte Personal unmöglich. Man behandelt und entloht jedoch das alte Personal genau so wie vor dem und bürdet ihm sogar noch mehr Dienst auf, wie im Winterdienstplan von 1913/14. In dieser schweren Zeit hätte man von der Direktion denn doch etwas anderes erwartet. Wir wollen hierzu nur einiges antworten: Wo das alte Personal mit dem neuen noch nicht vollständig in die Dienstverhältnisse eingeweihten Personal arbeiten muss, kommen Fehler vor, die sich sonst hätten vermeiden lassen. Und wegen solcher Fehler wird der alte Mann zur Direktion befohlen. Hier wurde ihm gesagt: "Sie müßten jetzt einmal draußen im Felde im Schützengraben liegen. Sie würden sich dann gern zurück sehnen nach der Straßenbahn und würden dann sagen: bei der Magdeburger Straßenbahn, als Wagenführer war es doch besser!" — Werde nicht der Direktor der Magdeburger Straßenbahn, wenn er draußen im Schützengraben läge, auch sagen: als Straßenbahndirektor ist es doch besser?

Wie ist es nun mit der ungleichen Entlohnung? Dem neuen Personal zahlt man einen Tagelohn von 4 M., dem zum Süßerdienst ausgebildeten 4,25 M. und dem alten, noch nicht einsatzmäßig angestellten Personal 3,25 M., und wenn diese Zeile als Führer fahren, was jetzt in der Realität immer geschieht, nur 3,75 M. Im vorjährigen Winter waren einige Erwachsenen, die als Frühzüge mit verkehrten und vom Lehrerpersonal gefahren wurden, diese Wagen bei man in diesem Winterdienstplan mit hinein gearbeitet; außerdem haben einige Spätwagen im Dienstplan noch Erholungen erfahren, so daß im Dienstturnus zirka 5 Stunden mit hinein gearbeitet wurden. Außerdem hat das alte Personal jetzt zur Kriegszeit bald keinen freien Tag mehr und wird häufig während der Pause und nach Dienstschluß auch noch zum Dienst herangezogen. Was sagt nun das alte Personal dazu? Es macht eine Faust in der Faust und schimpft, wenn es leiner hört. Diese Kollegen verlassen sich auf ihren Arbeitsaufschluß und auf ihren Direktionsverein. Diese werden schon dafür sorgen, daß die Direktion in dieser Zeit der Teuerung schon noch alles "gut" macht. Hoffentlich kommt Ihnen die Erkenntnis nicht zu spät!

Nochmalige Lohnerhöhung des Mannheimer Aushilfspersonals.

Die städtische Straßenbahn in Mannheim hat auf Vorstellung der Organisation die Löhne des Aushilfs-personals, die im November durch unter Eingreifen um 30 Pf. pro Tag erhöht wurden, ab 1. Januar um weitere 20 Pf. aufgezerrert. Die Schaffner erhalten demnach 4,50 M. und die Fahrer 4,80 M. pro Tag. Es gilt gewiß noch keine ausreichende Bezahlung für den schweren Dienst, der zu leisten ist, aber die Kollegen mögen bedenken, daß diese Aufzerrierung zu erlangen, Ihnen ohne Organisation überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Sie mögen dies Hoffentlich kommt Ihnen die Erkenntnis nicht zu spät!

Strafgesetznovelle und Straßenbahnordnung.

Der § 10 der Berliner Landespolizeiverordnung vom 8. Dezember 1906, betreffend die mit Wachen betriebenen Straßenbahnen des Landespolizeibezirks Berlin besagt: "Fahrgäste, welche die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Verkehrs ergehenden Anweisungen der Bahndienststellen unbedacht lassen, haben, unbeschadet der etwa eintretenden Verstrafung, nach Aufforderung der Bahndienststellen den Wagen sofort oder beim nächsten Halten zu verlassen."

Gelde stehen, weisen wir die Verdächtigung energisch zurück.

Der Artikel des "Schiff", Nr. 1817, vom 29. Januar, auf den sich die vorstehenden kritischen Auslassungen unseres Berichterstatters beziehen, hat folgenden Vorlaut:

Die Vereinigung zur Auslobung von Prämien für die Aufdeckung von Schiffsdiebstählen und Hebezeiten im Stromgebiet der Elbe usw. hat in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1914 vier Prämien von zusammen 180 M. ausgezahlt, und zwar drei Prämien zu je 50 M. und eine Prämie zu 30 M. Empfänger waren 1 Polizeioffizier und 1 Schuhmann in Alen a. E. 1 Wächter in Harburg und ein Wachmeister in Fürstenberg l. M. Es handelte sich in den vorliegenden Fällen um die Entindemunung von 3 Säcken Mais, 2500 Kilogramm Kohlen, einen Posten Dachpappe, 10 Zentner und 2½ Zentner Weizen. 7 Personen wurden zur Anzeige gebracht; es wurden Gefängnisstrafen von 3 Tagen zu 6 Monaten, in einem Falle außerdem eine Geldstrafe von 100 M. verhängt. Seit Bestehen der Vereinigung sind bis zum 30. Juni 1914 281 Prämien im Gesamtvertrage von 15 048 M. ausgezahlt worden. Der Jahresbericht der Flussschifferseelsorge auf der Elbe enthält auf dem Gebiet der Verhütung von Schiffsdiebstählen folgende bemerkenswerte Ausführungen, in denen besonders auf die Folgen, die die Beleidigung für Schiffer nach sich zieht, aufmerksam gemacht wird: Auf einen besonders tief eingewurzelten, von mir noch nie berührten Uebelstand im Schifferstande muß ich noch hinweisen. Ich meine den Schiffahrtsdiebstahl. Alle Warnungen und Strafen des letzten Jahrzehnts haben wenig gebracht. zunächst scheinen sich die jungen Bootseuten am Diebstahl zunehmend zu beteiligen. Aber auch andere, nicht zum Schifferstand gehörige, sind dabei betroffen. Jemandwelche statistische Angaben lassen sich schwer aufstellen. Viele Fälle werden übrigens sicher nicht aufgedeckt. Die Strafe für die Schiffer ist eine doppelte. Außer der Gerichtsstrafe trifft ihn empfindlich die Entziehung des Schiffspatents. Damit büßt er den höheren Lohn eines Steuermanns ein. Bei Diebraudung wird der Zulassungsschein entzogen. Der Schiffer verliert damit das Recht, einen Verschlusshahn zu führen, dem die besseren Güter anvertraut werden, wodurch er einen Mehrverdienst von 400 bis 500 Mark jährlich hätte. In den Ortsgruppen des Christlich-nationalen Schiffervereins wurde dringend gewarnt, irgendwie an der Ladung sich zu vertreten, und gemahnt, auch den Bootseuten gegenüber scharf aufzutreten. Nicht nur, daß die einzigen sich selbst großen Schaden auftragen, der ganze Stand, die Unschuldigen, haben mit zu leiden. Alle stehen in dem Verdacht, Schiffsgüter zu rauben.

Woraus wir noch folgendes kurz zu bemerken hätten: Wer Binnenschiffer an der Ausübung des Koalitionsrechts hindert, wer sie in uns feindliche, unternehmerstrom Vereinchen hineinterrorisiert, wer den Binnenschiffern ihren langen Lohn in irgend einer Form fürzt oder uns in unsern Betrieben, die Lohnverhältnisse der Binnenschiffer zu bessern, hindert, ist als Urheber von Schiffsdiebstählen anzusprechen und dementsprechend zu behandeln.



Berlin. Teuerungszulage in den Betrieben der Berliner Kohlengroßhändler. Seit dem Jahre 1912 besteht für unsere Kollegen Kohlenarbeiter und Kutscher ein Tarifabkommen, vereinbart zwischen unserem Verbande und dem Verband der Kohlengroßhändler Groß-Berlins. Nach diesem Tarifvertrag beträgt der Lohn für Platzarbeiter zurzeit 50 Pf. pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Kutscher erhalten seit dem 1. Januar d. J. 33,50 M. Wochenlohn (bordem 32,50 M.). Vor Zustandekommen dieses Vertrages haben bekanntlich unsere Berliner Kollegen Kohlenarbeiter sehr schwierige Lohnbewegungen führen müssen. Viel Mühe hat auch noch der Abschluß dieses Vertrages gestellt, bis sich die Arbeitgeber hierzu verhelfen. Das Vertragsverhältnis hat sich aber während seines Bestehens, trotz der großen Verzögerungen, welche die Arbeitgeber vordem begannen, für beide Teile in befriedigendem Sinne gestaltet. Differenzen sind bis Ausbruch des Krieges fast gar nicht zutage getreten. In der Friedenszeit standen den Kohlengroßhändlern genügend kräftige Arbeiter für die tariflichen Lohnsätze zur Verfügung. Da nun auch aus diesen Betrieben die Mehrzahl der alten eingearbeiteten Mannschaft zu den Fabriken einberufen wurde, haben sich in der Erlangung von kräftigen Arbeitern, die sich allein für die erforderlichen Arbeiten eignen, auf einigen Kohlenplätzen, besonders aus weiter aus der Stadt entfernten Plätzen, einige Schwierigkeiten ergeben.

Deutlicher hielten die neu zur Einstellung gelangten Arbeiter aus anderen Berufen die nach dem Tarif bestehenden Lohnsätze nicht für ausreichend genug, weil sie verschiedentlich in ihrer früheren Beschäftigung, besonders als Bataarbeiter, höhere Stundensätze erzielt hatten. Aus diesem Grunde machten sich Wünsche auf höhere Entlohnung laut und die auch darauf hinzielten, daß anderfalls die Arbeit eingestellt werden sollte. Da nun aber die Verbandsleitung an die vertraglichen Bestimmungen gebunden ist, so konnte sie die Bestrebungen auf höhere Löhne in der verlangten Weise nicht

unterstützen und mußte auf einigen Plätzen die noch arbeitenden Mitglieder unseres Verbandes dringend vor der Beteiligung an einer Arbeitsniederlegung warnen, wenn uns nicht der Vorwurf des Vertragsbruches seitens der Arbeitgeber gemacht werden sollte. Bei der Absprache mit den auf fraglichen Plätzen beschäftigten Arbeitern mußten unsere Verbandsvertreter zu ihrem Erfolge lehnen, daß die Wirtsführer für die Rücksichtnahme auf den Tarifvertrag und für eventuelle Arbeitsniederlegung unorganisierte waren. Auf jeden Rohemplatz erfreuten sich einige dieser Leute sogar die Lohnsumme, den Obmann des Arbeiterauschusses mit Tätschelheiten zu bedrohen und den Verbandsvertreter gegenüber zu sagen, daß der Verband während des Krieges ausgeschaltet sei und nichts zu bestimmen habe. Unsere Verbandsmitglieder übten auch in diesen Beziehung Disziplin und folgten einer Anregung, daß die Arbeiterausschüsse und Verbandsvertreter, angehoben der in irgendwie durch den Krieg eingetretene Teuerungsverhältnis beim Verband der Kohlengroßhändler um eine Verhandlung zu ersuchen wozu der selbe seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab. Das Rejultat dieser Verhandlung war, daß die Unternehmer für die Dauer des Krieges eine Teuerungszulage auf folgender Grundlage bewilligten:

1. Arbeiter und Kutscher, die wenigstens vierzehn Tage hintereinander bei einem und derselben Kohlenfirmen beschäftigt gewesen sind, erhalten einen wochentlichen Teuerungszuschlag für solche Lohnwochen, in denen sie die ganze Woche ohne durch eigenes Verhüllten vertrauliche Unterbrechung gearbeitet haben.

Als nicht verschuldet Unterbrechung gilt Erkrankung oder Entlassung wegen Arbeitsmangel, nicht hingegen Entlassung aus irgend einem anderen Grunde oder Arbeitsniederlegung.

Bei nicht verschuldet Unterbrechung wird für die abgelaufenen Arbeitstage der anteilige Teuerungszuschlag bezahlt.

2. Der wöchentliche Teuerungszuschlag beträgt:

- a) 3 M. für Arbeiter,
- b) 2 M. für Kutscher (wobei berücksichtigt ist, daß die Kutscher bereits ab 1. Januar 1915 eine Lohnverhöhung von 1 M. erhalten.)

3. Altordarbeiter erhalten keinen Teuerungszuschlag. Arbeiter erfahren für die Tage, an denen sie ausschließlich mit Altordarbeiten beschäftigt gewesen sind, einen anteiligen Abzug vom Teuerungszuschlag; für die Tage hingegen, an denen sie neben den Altordarbeiten auch Tagelohnarbeiten erledigt haben, wird der anteilige Teuerungszuschlag nicht abgezogen.

4. Der Teuerungszuschlag wird bis auf weiteres längstens für die Dauer des Krieges bezahlt.

Die erstmalige Zahlung für die genannte Differenz 1 in Betrag kommenden Arbeiter und Kutscher erfolgt am nächsten Lohnstag.

5. Die Lohnzahlung wird bei den Firmen, deren Arbeiter und Kutscher den ausdrücklichen Wunsch hierzu aus sprechen, künftig versuchsweise am Freitag vorgenommen, so daß die Lohnwoche vom Freitag zum Donnerstag läuft. Die nächste Lohnwoche wird also erstmals vom Sonnabend zum Donnerstag laufen sein.

6. Bis her gewährte Wohltätigkeitsunterstützungen werden durch Zahlung des Teuerungszuschlags nicht berührt.

München. Die Firma Laderunning scheint zu den Arbeitgebern zu gehören, denen Tarife recht ungemein sind. Sie glauben wohl, im Kriege nach ihrem Belieben handeln zu können. So wurde schon der erste Mobilmachungsstag, ein Sonntag, dazu verwendet, um die Güter den Empfängern zuzustellen. Die Arbeiter erhielten dafür eine merkwürdige Anerkennung: Den Kutschern bezahlte man überhaupt nichts während die übrigen Arbeiter nur den üblichen Tagelohn erhielten. Alle anderen Spediteure, die nicht die Einnahmen haben, wie die amüsante privilegierte Laderunning, hielten sich an ihre tariflichen Lohnsätze. Auch als nach wenigen Tagen der Mobilmachung der Güterverkehr ganzlich eingestellt war, behielten kleinere Spediteure ein weit größeres Empfinden für ihre Arbeiter. In anerkannter Weise erklärten sie sich bereit, ihre Arbeiter die kurze Zeit bis zur Wiederaufnahme des Güterverkehrs zu erhalten, während die Laderunning selbst Arbeiter, die lange Jahre in ihrer Arbeit standen, ohne weiteres ausstellt. Durch einen Schiedsvertrag wurde den Herren nun bestimmt, daß die Tarife auch während des Krieges zu gelten haben. Die Herren der Laderunning hielten während keine Ursache gehabt, mit ihren Arbeitern so zu verfahren, denn das Geschäft durfte in Friedenszeiten nicht weniger gut florieren haben, obwohl Arbeiter, wo es nur einigermaßen ging, eingespart wurden. Die Arbeiter werden jetzt weit mehr ausgenutzt, als früher. Mittags $\frac{1}{2}$ 12 Uhr schlägt man sie noch mit einer Füllre in die Stadt, so daß die Arbeiter oft erst um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr ihr Mittagessen einnehmen können. Ob dadurch der einzelne geschädigt ist, summiert die Firma nicht. Auch über die Behandlung der Arbeiter durch Herrn Natterbuber wäre manches zu sagen. Herr Regierungsrat Weiß, der die Kritik über den Betrieb mit hat, kann hier Gelegenheit nehmen, nach dem Rechten zu sehen. Offenkundig bewerten diese Zeilen, daß eine Besserung eintritt, und den Arbeitern ihre tariflichen Pausen gewährt werden.

Arbeiter oder Unternehmer? (Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Mai 1914.) Streitig ist, ob der Klaviertransporteur A. als Unternehmer oder als Arbeiter im Betriebe des Piano-fabrikanten B. angesehen ist. Für die ersten von der Vorinstanz rechte Rechtsanschauung spricht der Umstand, daß A. die zum Transport der Klaviere erforderlichen Geräte (Handwagen, Garde usw.) nicht vom Betrieb geleiebt erhielt, solche vielmehr aus eigenen Mitteln sich beschafft hat, sowie der weitere Umstand, daß der Benannte die zur Durchführung der Klaviertransporte nötigen Hilfskräfte selbst

einstellte, und daß diese Hilfskräfte ihre Entlohnung ausschließlich durch A. erhielten.

Die vorbeschriebenen Umstände sind indessen keineswegs geeignet, um aus ihnen allein die Unternehmergeistigkeit des A. bezüglich der hier in Frage stehenden Beschäftigung abzuleiten, denn einerseits obliegt auch solchen Personen, welchen zweifellos lediglich Arbeitseigenschaft zukommt, optimal die Vergütung, sich das erforderliche Arbeitsgerät (zumal solches von geringerem Wert) selbst zu beschaffen, und andererseits ist es durchaus nicht selten, daß der Unternehmer eines Betriebes einer in seinem Betriebe tätigen Person freie Hand bezüglich der Auswahl der unter ihrer Leitung Mitarbeitende hilfskräfte läßt und den für die Entlohnung sämtlicher Arbeiter bestimmten Gehalt auschließlich an die die Arbeit leitende Person ausbezahlt.

Ausschlaggebend ist, ob nach den zwischen dem W. schen Betriebe und dem A. bezüglich der Arbeitsentlohnung getroffenen Vereinbarungen die an A. für die Vergütung der einzelnen Klaviertransporte jeweils ausbezahlt Beträge derart bemessen waren, daß sich hieraus für A. — neben der Entschädigung für seine persönliche Arbeitsteilung — noch ein Nutzen erheblich ergibt. Das ist zu verneinen; denn A. erhielt für den einzelnen Klaviertransport jeweils nur 3—4 M. Dieser Betrag wurde zwischen A. und seinem Mitarbeiter nahezu gleichmäßig verteilt; wenn hierbei A. — als Entschädigung für das von ihm gestellte Arbeitsgerät — einen kleinen Betrag über den auf ihn entfallenden Anteil sich selbst zugute gerechnet haben sollte, so vermöchte dies Voraus Selbstverständlich an der Rechtslage nichts zu ändern.

Das Beschäftigungsverhältnis, das zur Zeit des Unfalls zwischen der Firma W. und A., sowie den von ihm zur Mitarbeit herangezogenen Personen besteht, ist sofern mit Recht als sog. "Partie-Arbet" bezeichnet, d. h. als ein Allordervertrag, in dem der Arbeitslohn nicht für jeden Arbeiter einzeln, sondern für die Gesamtheit der eine bestimmte Arbeitsmenge leistenden Personen gemeinschaftlich vereinbart wird; bei einem solchen bleibt auch der sogenannte Partiesührer, d. i. Mittelperson zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, Arbeiter.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Augsburg. Unsere am 24. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Kollege Maushart begrüßte die Erschienenen und gedachte der in der Heimat verstorbenen sowie unserer auf dem Felde gefallenen Kollegen, worauf die Versammlung zum Zeichen der Pietät von den Sitzen erhob. Hierauf erstaute Kollege Inhofer den Jahres- und Geschäftsbericht, aus welchem folgendes zu entnehmen ist:

Am Schlusse des Jahres 1913 zählte die Verwaltungsstelle Augsburg 755 Mitglieder. Im abgelaufenen Jahre wurden 98 Mitglieder aufgenommen, zugereiste und übergetreten sind 16 zu verzeichnen, so daß insgesamt 869 Mitglieder der Organisation angehören. Von diesen sind 322 zu den Jahren befreit und 145 sind abgereist oder ausgeschieden. Redner verweist auf den großen Prozentsatz der gefreiten Kollegen, welche den Wert der Organisation noch nicht richtig begriffen hatten und erfuhr die Anwesenden, besonders die neu gewonnenen Mitglieder, zum steigenden Besuchungsbesuch anzureihen. Durch den Kriegsausbruch sei an die Funktionäre eine ziemlich harte Probe herangetreten, da fast sämtliche Beiratslässler eintraten müßten und die Mitglieder die notwendigen Maßnahmen des Vorstandes bezüglich der Unterstützungsseminierung nur schwer begreifen konnten. Wenn trotzdem sein größerer Mitgliederzustand zu verzeichnen sei und die Zahlstelle noch mit 402 vollzählenden Mitgliedern abrechnen könnte, so sei dieses ein Beweis, daß der größte Teil der Kollegen den Organisationsgedanken richtig begriffen habe und gewiß sei, wie unsere Tapferen im Felde aussiehten, was auch noch kommen möge. Daß nach dem Kriege der Zusammenshalt noch notwendiger sei als vor demselben, beweist die Gabt der ehemaligen Helden, welche ohne Rückicht auf ihre Nebenmenigkeiten die so ernste Zeit augenblicks ihres Geldebeuels in der unerhörtesten Weise ausnützen und erst zur Zahlung der tariflichen Löhne angehalten werden müsste.

Daß unser Verband den Mitgliedern in der weitesten Art entgegenkommend, wie die Summe von 6927 M. welche die Hauptfasse als Belege für Unterstützungen erhielt, obwohl die Kranken- und Todesfallunterstützung bis zum Jahresende eingestellt werden mußte. Dazu kommen noch rund 1600 Mark, welche aus der Lotofasse und dem Rosfonds hauptsächlich für die Frauen unserer im Felde stehenden Kollegen verausgabt wurden.

Kollege Inhofer erfüllt sämtliche Mitglieder, denen es möglich ist, zum Rosfonds beizutreten, da selbst die von ausgebrachten großen Opfer im entfernen nicht an das herantreichen, was unsere Braven im Felde an einem Tage erden müssen. Lebhaftes Bravo. Kollege Inhofer dankt den Funktionären und Mitgliedern für ihre Pflichterfüllung, und erfuhr alle Anwesenden, auch im neuen Jahre an der Starthilfe unserer Organisation mitzuwirken, damit wir nach dem Kriege gerüstet seien, wenn es gelte unsere Interessen zu wahren. Der Revisionsbericht gab zu seinerlei Montas Veranlassung.

Auf Vorschlag wurde die Schantverwaltung durch Zuruf und zwar einstimmig wieder gewählt. 1. Vorsteher: Inhofer; 2. Maushart; 1. Schriftführer: Raub; 2. Blumenthal; 2. Abteilungen: Edermann, Mich, Schweizer, Kromm u. Schwarz; Xaver. Kollege Maushart schloß aus diesem einstimmigen Vertragsvotum, welches diese Wahl zeigte, daß die Mit-

Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 8. Woche
des Jahres 1915 ist fällig.

Kartell, Secretariat, Posthaus 367,55 M.
Posto und Telegramme 63,67
An die Hauptstelle abgeführt 4589,50
Gesamtausgabe 7144,87 M.
Kassenbestand am Schluß des Quartals 1513,11

Zusammen 8657,98 M.

Kollege Stengel gibt als Gauvorstandsmitglied den Gaubericht, dessen Einzelheiten wir ja später bei den Gauberichten noch finden werden. — Der Disfusor geheilt Kollege Marps diejenigen Kollegen, die trotz gutem Verdienst keine Rostocksmaaten lieben wollten. Kollege Erdmann verteidigt in temperamentvoller Weise die Gewerkschaftsarbeiter, die wohl prozentual am höchsten die Rostocksmaaten lieben. Auf Antrag des Kollegen Herm. Wünsche wird sodann dem Kassierer Oehlberg erlaubt.

In den Ortsvorstand werden gewählt: 1. Vorsteher Aug. Böhne, 2. Vorsteher Joh. Zimmermann, Neuß, 1. Kassierer Karl Stengel, 2. Kassierer Wiss. Rödel, 1. Schriftführer Aug. Seitzhumer; als Beisitzer: Andr. Küpper, Joh. Marps, Franz Arzt, Friz Oehlendorf, Theod. Diercks.

In den Gauvorstand werden gewählt: 1. Gauvorsteher Jos. Kästel, Beisitzer: Karl Stengel, Friz Hüster, Herm. Wünsche und Aug. Hülserberg; als Beisitzer fungieren: Herm. Eichler, Herm. Wünsche und Jakob Hansen. Mit einem kräftigen Schlusswort des Bevollmächtigten, die Organisation mit allen Mitteln hochzuhalten, wird die Versammlung beendet.

Halle a. S. Unsere Generalversammlung tagte am 30. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung die 19 bisher gemeldeten Kollegen, welch den Krieg zum Opfer fielen, das gleiche Gedächtnis auf die 14 im Jahre verstorbenen Mitglieder am Orte. Des Weiteren gedachte die Versammlung der rund 800 Kollegen, die aktuell noch Heeresdienste leisten, und beantragte die Ortsverwaltung, ihnen die besten Glückwünsche zu ihrer regebwilligen Heimkehr zu übermitteln. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, welcher die Geschäftsberichte für das 4. Quartal und das Jahr 1914 vorläßt, wurde ausgeführt, daß sich infolge des anhaltenden Krieges die Agitation recht schwierig gestalte. Im 4. Quartal könnte demzufolge nur die Neuauflage von 26 Berufsangehörigen erreicht werden. Wochenbeiträge wurden rund 15 600 umgesetzt. Die Gesamteinnahme betrug im genannten Quartal ohne Kassenbestand 9130,04 M. und die Gesamtausgabe 12 564,30 M. Unter letzterer befinden sich Unterstützungen an 526 Kriegsfamilien in Höhe von 3724 M. und an solcher für Mitglieder von 1096 M., während die Hauptstelle davon 4915,85 M. in ihr erhielt. Aus dem Konto, welches geführt gesellt wird und dessen Einnahme bis Jahresende 789,25 M. betrug, wurden in 94 Fällen 525 M. gezahlt.

Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß 58 Versammlungen und 112 Besprechungen und Sitzungen stattfanden. Der Mitgliederzugang betrug insgesamt 409 und der Abgang 1220, davon 772 als zum Heere einberufen. Am 31. Dezember verblieben noch 1250 Mitglieder, gegenüber 2069 am Anfang des Jahres 1914. Die Jahresstimmabstimmung ist mit dem vorgebrachten Kassenbestand von 12 938,34 M. insgesamt 62 655,91 M., die Gesamtausgabe dagegen 52 080,07 M. Darunter befinden sich 23 235,15 M. für Unterstützungen aller Art und 12 735,10 M. in bar abgeführt an die Hauptstelle. Der Kassenbestand verblieb ein Bestand von 10 575,84 M. Der Umsatz in Wochenbeiträgen erreichte die Höhe von 85 529 Stück gegen 100 380 im Vorjahr. Bauernsmaaten wurden 533 Stück je 50 Pf. und 1338 je 10 Pf. umgesetzt. Die von den Beisitzern beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Der Bericht vom Arbeitsanweisungsbericht ergab, daß 240 Stellen für seit und 133 zur Ausbildung gemeldet wurden. Besetzt wurden von ersten 124 und von letztern 84. Der Durchschnittslohn pro Woche betrug dabei 22,58 M. und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 10,8 Stunden.

In die Ortsverwaltung wurden als auf weiteres nur 8 Kollegen gewählt, während zu Beisitzern 3 und als Kartellsdelegierte 6 ernannt wurden. Mit Ausnahme von zwei waren die Gewählten schon als Funktionäre in der eingeren Verwaltung tätig. Dann wurde das bisherige Mitglied Paul Stollberg wegen Vergehens gegen § 3 des Verbandsstatuts dem Verbandsvorstand zum Ausschluß aus dem Verbande empfohlen, während das Mitglied L. wegen Störung der Versammlung bis auf weiteres von den kommenden Mitgliederversammlungen ferngehalten werden soll. Absammt stimmte die Versammlung noch einem am Sonnabend, den 27. Februar, im Volkspalast abzuhaltenen Unterhaltungsaabend zu. Mit der Aufforderung, trotz der Kriegswirren in der Agitation für unseren Verband nicht zu erschrecken, erfolgte Schluß der Verhandlungen.

Niesa. Am Sonntag, den 24. Januar 1915, hielt die hiesige Verwaltungsschule ihre Jahresgeneralversammlung ab. Leider hatten sich trotz der wichtigen Tagesordnung nur 80 Mitglieder eingefunden, sicher ein Beweis, wie wenig die Organisation gerade in der jetzt so ernsten Zeit beachtet wird.

Zunächst erhielt die Versammlung in üblicher Weise das Audienz der im letzten Quartal verstorbene Kollegen Josef Stassial und Paul Fischer, sowie der im Felde gefallenen Kollegen Richard Eichler,

Paul Grubel, Emil Plato, Martin Naumann und Otto Kirsch.

Heraus erstattete Kollege Genaud den Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1914. Aus denselben sei kurz folgendes wiedergegeben: Die Mitgliederzahl ist von 455 am 1. Oktober auf 445 am 31. Dezember 1914 gesunken. An Zugängen waren 20, darunter 13 Neuauftaufen, an Abgängen 30, davon 12 zum Militär, zu verzeichnen. Die Mitgliederbewegung im Jahre 1914 zeigt folgendes Bild. Die Zahl der Zugänge beträgt insgesamt 247, darunter sind 174 Neuauftaufen, 47 Übertritte, 24 Zugereiste, 2 vom Militär zurück. Den Zugängen stehen 396 Abgänge gegenüber. Diese verteilen sich wie folgt: 212 zum Militär, 35 Übertritte, 75 freiwillige Austritte, 3 Verstorben und 40 Mitglieder wurden wegen Schulden gestrichen.

Der geschäftliche Verkehr gestaltete sich in der Bevölkerungszeit ebenfalls sehr rege. An Posteingängen waren im Jahre 1914 810, an Postausgängen 1045 zu verzeichnen. Davon entfielen auf das letzte Vierteljahr 275 Eingänge und 360 Ausgänge.

Ferner wurden im Jahre 1914 abgehalten 19 Mitgliederversammlungen, außerdem fanden 16 Branden- und 23 Betriebsversammlungen, 32 Sitzungen der Ortsverwaltung und Reisforen und 19 sonstige Sitzungen statt. Das 4. Quartal ist hierbei verschiedener Umstände halber nur mit 2 Versammlungen und 5 Sitzungen beteiligt. Zur Belebung der Agitation und Auflösung der Mitglieder wurden 875 Flugblätter und Handzettel verbreitet.

Volkbewegungen wurden mit Erfolg durchgeführt

bei den Firmen August Schmid, Richard Seydel und Franz Kreis.

Anschließend an den Geschäftsbericht gab Kollege Genaud den Kassenbericht, dem folgendes entnommen sei. Einer Einnahme von 4287,55 M. steht eine Ausgabe von 4250,07 M. gegenüber. Der Kassenbestand der Volksstelle hat sich somit von 1452,82 M. am 10. 10. 14 auf 1490,30 M. am 31. 12. 1914 erhöht. Die Hauptstelle erhielt 2434,98 M., davon 1799,73 M. in barem Gelde. Ernährungsverein ist noch die Zahlung von 114,50 M. Ertrauterführung in diversen Notfällen sowie 1110 M. Weihnachtshilfe. Von oben genannter Summe hat die Hauptstelle 50 Prozent = 555 M. übernommen. Wenn trotz dieser hohen Ausgaben die Volksstelle noch eine Steigerung aufzuweisen hätte, so ist dies auf eine durch Ertragsbeiträge erzielte Einnahme von 551,75 M. klar zu erläutern. Hierbei riecht der Bericht erstaunlich einen dazugehenden Appell an die Mitglieder, auch in Zukunft d' es leichter. Dies kann zu bringen, da heute noch niemand wissen kann, wie lange der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Folgen noch andhalten kann und welche Ansprüche noch an unsere Kassen gestellt werden.

Der Jahresbericht weist eine Gesamteinnahme von 19 777,32 M. und eine Gesamtausgabe von 19 499,13 M. auf. Von letzterer Summe erhält die Hauptstelle 12 298,14 M., davon in bar 7038,11 M. der Rest in Belegen für diverse Unterstützungen. Der Kassenbestand der Volksstelle ist von 1212,11 M. am 1. 1. 1914 auf 1490,30 M. am 31. 12. 1914 gestiegen. Wie ungünstig die Einnahme durch den Krieg beeinflußt wurde, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Im ersten Halbjahr wurden 17 477 Beiträge umgesetzt und eine Einnahme von 10 209,45 M. erzielt; im 2. Halbjahr sind es nur 12 604 Beiträge, die Einnahme 7959,70 M. Dies bedeutet im zweiten Halbjahr ein weniger von 4873 Beiträgen und eine Verringerung der Einnahme um 2249,75 M.

Zum Schluß seines Berichts forderte Kollege Genaud die Versammelten nochmals auf, auch während der Dauer dieses furchtbaren Krieges mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß die Organisation ungeachtet dieser schweren Zeit überstehen möge, damit sie auch künftig unentwegt, wie bisher, die Interessen der gesamten Kollegenschaft vertreten kann.

Im Anschluß an den bestmöglich aufgenommenen Bericht wurde der Kassierer auf Antrag der Reisforen einstimmig entlastet.

Im Kartellbericht für das 4. Quartal 1914 gab Kollege Pabel u. a. einige Maßnahmen des Gewerkschaftsaktivs, die Kriegsfürsorge betreffend, bekannt.

Die hierauf folgenden Neuwahlen zeigten folgendes Ergebnis. Dem Vorschlage einer Vertrauensmännerstellung entsprechen, wählte die Generalversammlung für das Jahr 1915 die Kollegen H. Eichler zum 1. J. Pabel zum 2. Vorsteher, R. Genaud als Kassierer, R. Lehmann als Schriftführer sowie die Kollegen E. Kohlsdorf, M. Alois, R. Henning und O. Thielemann als Beisitzer. Als Reisforen wurden die Kollegen O. Fischer, G. Weißner und E. Weber, als Kartellsdelegierte die Kollegen Eichler, Genaud, Alois, Kohlsdorf, Pabel und Thielemann gewählt.

Nach Besprechung einiger Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsteher mit nochmals zu gewaltiger Treue ernannten Worten die Versammlung. Schmälin. Sonntag, den 24. Januar, bilden wir eine Generalversammlung ab. Laut Bericht des Kassierers haben wir eine Gesamteinnahme von 669,09 M. und eine Gesamtausgabe von 566,39 M. Für Unterstützung der Geschworenen der im Felde stehenden Kollegen sind 188,75 M. und für Arbeitslosenunterstützung 61 M. gezahlt worden. Ferner berichtete der Kassierer, daß am Ende des 3. Quartals 60 männliche und 11 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Am Schluß des 4. Quartals zählen wir 48 männliche und 9 weibliche. Im Laufe des Quartals sind 12 männliche und 2 weibliche ausgezogen. Die Waagen ergaben folgendes Resultat: Bevollmächtigter: Carl Wirth, Kassierer: R. Zschönnich, Schriftführer: G. Degner, Reisforen: Jöpel und Lanzenborn. Der Firmen Wöllner, die immer über den grünen Klee gelobt worden ist, ist es eingefallen, Lohnabzüge in der Höhe

von 1 M. zu machen. Die Kollegen ließen sich das hübsch gefallen, trotzdem bei der Firma W. ein ganz schlechter Geschäftsgang war und auch jetzt noch ist. Hätten die Kollegen sich aber an den Verband gewendet, dann hätte der Abzug nicht stattfinden können. Auch in Kornhaus, früher Kramer, jetzt Raiffeisenlager, sind sogenannte Nachholgen beschäftigt, die es nicht für nötig halten, in den Verband einzutreten, aber den Lohn, den unsere Verbandskollegen in die Höhe brachten, verstehen sie ganz gut mit einzustreichen. Auch Euch rufen wir zu: Habt mehr Selbstachtung, dann bleibt Euch nichts anderes übrig, als in unserem Verband einzutreten. Unsere Mitgliedervertretung findet jeden Montag, Sonntag nach dem 15, im Restaurant "Germania" statt.

Ziff. Am Sonntag, den 24. Januar, fand unsere Generalsammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der verstorbenen und im Kriege gefallenen Kollegen. Im Kriege gefallene: Otto Wendel, Jeremias, Bannes und Streiter. Verstorben: Dr. Kunz und Brozzeit. Dann erstattete der Kollege Schulz den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 2290,35 M., die Ausgaben 2290,35 M. Arbeitsförderunterstützung wurde 3550,65 M., Kriegsunterstützung 3831,50 M., Notfall 72 M. gezahlt; zusammen 7454,15 M. Da können die Kollegen sehen, mit was für unzehn Summen die Organisation in Anspruch genommen wurde. Mitgliederbestand am Schluß des 3. Quartals 511. Im Laufe des Quartals mußten 122 wegen reisender Beiträge gestrichen werden; nach anderen Verwaltungen abgereist 6, zum Militär eingezogen 68, bleibt ein Mitgliederbestand von 315 am Schluß des 4. Quartals. Kollege Schulz führte den Kollegen vor Augen, daß es viele nicht für nötig halten, ihre Beiträge zu bezahlen, weil sie in dem Glauben sind, jetzt ist die Zeit gekommen, wo sie die Organisation nicht mehr brauchen; sie halten sich an des Kaisers Worte: "Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche"; und glauben, nach dem Kriege wird die Organisation einzugeben und jeder Kollege wird sofort Arbeit und Lohn erhalten, wie er sich wünscht. Die Kollegen werden den Schaden dieses Glaubens selber tragen müssen. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen M. Arthizon als erster, R. Kaujot als zweiter, R. Kermel als zweiter Kassierer, Friedr. Schulz als Schriftführer und als Reisforen Wiss. Balasius und Peteretz gewählt. Kollege Schulz riecht an die Neuwählten den Appell, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern so viel wie in ihren Kräften steht, zu arbeiten, damit wir nicht den Vorwurf von den Kollegen erhalten, die nach Beendigung des Krieges zurückkehren, wir haben hier nichts getan, und haben die Organisation, die in den Jahren viel Mühe und Arbeit geleistet hat, zu Grunde gehet lassen.

An die Ortsverwaltungen!

Bon unseren feldgrauen Kollegen gehen uns noch fortgesetzte Beschwerden zu, daß ihnen der "Courier" nicht zugesandt wird. Wie aus fast allen Feldpostbriefen hervorgeht, interessieren sich die "Barbaren" für die Gewerkschaftskulturarbeit. Es liegt auch im tiefsten Interesse des Verbandes, mit den wackeren Kollegen im Felde in Kontakt zu bleiben, nicht nur um ihnen zu zeigen, daß man daheim stets ihrer gedenkt, sondern auch um über den Krieg hinaus ihr Interesse für die Organisation wachzuhalten. Wir bitten daher die Ortsverwaltungen nochmals dringend, den "Courier" regelmäßig an alle bekannten Adressen im Felde zu senden. Das bishen Mühe findet reichen Dank bei denen, die ihr Leben und ihre Gesundheit für uns Dabeimgeliebenen täglich aufs Spiel setzen müssen.

Die Redaktion.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Aufgetaucht sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Georg Kall, Opt. Mr. 7437, einget. 4. 11. 08; Eduard Palm, Opt. Mr. 56 275, einget. 10. 1. 05.

In Leipzig: Herm. Friedrich, Opt. Mr. 90 160, einget. 18. 8. 98.

In Nowawes: Benjamin Linsche, Opt. Mr. 284 143, einget. 13. 12. 13.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegalem Gruß

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adressen zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kässler, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Nr. einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Rohst, Lichtenberg.

Verlagsanstalt "Courier", G. m. b. H.

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Nöthenstr. 36-38.